

Tagesthema

## **SP will Ende der Pauschalsteuer erzwingen**

### **Michael Brunner**

Die SP will im Rahmen der Reform der Vorlage zur Familienbesteuerung die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer abschaffen. Nicht einmal die Grünen machen mit.

Bern - Machmal gilt in der Politik schon heute nicht mehr, was gestern noch war: Was hatte sich am Mittwoch die SP doch darüber beklagt, dass die bürgerliche Seite im Rahmen der Debatte über dringliche Sparmassnahmen im Gesundheitswesen (vergeblich) versuchte, den Vetragzwang zu lockern. «Durch die Hintertür, ein Schildbürgerstreich», das waren noch die freundlicheren Umschreibungen. Gestern dann, keine 20 Stunden später, versuchte die SP ebenso erfolglos im Rahmen der Familienbesteuervorlage kurzerhand die Pauschalbesteuerung abzuschaffen - wenigstens, was die direkte Bundessteuer betrifft. Und nun waren es natürlich die Bürgerlichen, die vor einem solchen «Schnellschuss» warnten.

So weit, so wenig überraschend. Erstaunlicher war schon, dass die Grünen das Vorgehen der SP nicht mittrugen, sondern sich der Stimme enthielten. Materiell sei die Grüne Partei mit der SP-Forderung zwar einverstanden, sagte Fraktionssprecher Louis Schelbert. Aber die aktuelle Debatte sei nicht der richtige Zeitpunkt, um dies umzusetzen. Das Verhalten von Grünen und SP hat mit unterschiedlichen taktischen Überlegungen zu tun. Einig sind sich die beiden Parteien darin, dass die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern aus Gründen der Steuergerechtigkeit weg muss. Und sie glauben auch, die Zeit sei nun reif für diese Forderung. Kürzlich hat das Stimmvolk im Kanton Zürich die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Doch damit hat es sich dann mit der Einigkeit. So hält Marlies Bänziger, grüne Nationalrätin aus Winterthur, das Vorgehen der SP für kontraproduktiv. Diese Hauruckübung habe keine Aussichten auf Erfolg gehabt. «Und jetzt können die bürgerlichen Gegner der Abschaffung der Pauschalbesteuerung sagen, man habe bereits darüber entschieden.»

### **«Blöde Profilierungsübung»**

Der SP-Antrag sei eine «blöde Profilierungsübung» von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Diese sieht es naturgemäss ganz anders: Steter Tropfen höhle den Stein, auch in der Frage der Pauschalbesteuerung. «Die Grünen ärgern sich nur, weil sie selber nicht auf die Idee gekommen sind, im Rahmen dieser Vorlage die Abschaffung der Pauschalbesteuerung zu fordern.» Da sei viel Parteitaktik im Spiel. Übrigens: Von den Zürcher Grünen trug im Nationalrat nur Bänziger die offizielle Parteilinie mit: Bastien Girod nahm nicht an der Abstimmung teil, Daniel Vischer und Katharina Prelicz-Huber sprachen sich wie die SP für die sofortige Abschaffung der Pauschalbesteuerung aus.

### **Umstrittene Pauschalbesteuerung**

Die Pauschalbesteuerung ist ein Privileg, von dem reiche Ausländer profitieren können. Sie müssen dazu neu in die Schweiz ziehen und dürfen hier keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Für die Berechnung der

Steuer werden nicht ihr Einkommen und Vermögen herangezogen, sondern ihre Lebenshaltungskosten in der Schweiz. Das führt zu massiv tieferen Steuerrechnungen.

Gebrauch davon machen zahlreiche Prominente aus Showbusiness und Sport, aber auch etwa Viktor Vekselberg, der starke Mann bei Sulzer. Die Gegner finden, die Pauschalbesteuerung sei eine ungerechtfertigte Bevorzugung. Zumindest teilweise stimmen da sogar die Befürworter zu. Aber sie sagen, dieses Instrument locke Superreiche in die Schweiz, die dem Land wirtschaftlich viel bringen. Mittlerweile ist der Kampf um diese Besteuerung voll entbrannt. So hat kürzlich die Lobbyorganisation Mehrwert Schweiz mit einer umstrittenen Studie für die Pauschalsteuer geworben.

«Diese Fehlentwicklung erinnert mich an Ostblock- verhältnisse, wo beide Eltern in der Kolchose arbeiten und die Kinder in der Krippe abladen»

Caspar Baader (SVP, BS) zu den Abzügen für Fremdbetreuungskosten

«Sie können ein Geschäfts- essen von den Steuern abziehen oder auch die Weiterbildung. Warum nicht auch die Kinderbetreuungskosten?»

Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH)

«Real profitieren von Steuerentlastungen fast nur die Bestverdienenden. Es wäre sinnvoller, die Kinderzulagen zu erhöhen»

Louis Schelbert (Grüne, LU)

«Tragen wir zur Lösung bei, die Entlastung ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft unseres Landes»

Ursula Haller (BDP, BE)